

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 12

Rubrik: Aus Zeit und Streit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stein eine Straße ins Mittelgebirge gebaut wird, vom Inntal über Wildbichl bis zur bairischen Grenze. Der Straßenbau wurde von den Vertretern des Gebietes schon seit vielen Jahren gefordert, sowohl in Wien als auch in Innsbruck, doch scheiterte der Bau immer am Geldmangel. Die Regierung stellte sich bisher auf den Standpunkt, daß den größten Teil der Baukosten die interessierten Gemeinden zu tragen hätten, was diese stets ablehnten. Nun war von der Tiroler Landesregierung für den 28. Januar 1935 überraschend eine Sitzung der beteiligten Gemeinden einberufen worden, in der Oberbaurat Ing. Bauer mitteilte, daß die Straße in diesem Jahr gebaut werden solle. Im amtlichen Bericht über diese Sitzung heißt es, die Kosten betragen über eine Million Schilling. Der Berichterstatter konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die gesamten Baukosten von der Bundesregierung getragen werden! Das ist zwar kein Beweis, aber doch ein überzeugendes Indicium dafür, daß Italien hinter diesen auffallenden Straßenbauten steht.

Wenn nun auch noch der Arlberg dieses Jahr aufs modernste ausgebaut wird und dann bald noch über Flexenpass und Hochtannbergstraße die Verbindung zwischen Arlberg und Bregenzerwald geschaffen ist, wird es der Leonessa-Division von Brescia ein leichtes sein, über Reschenpass-Landeck-Arlberg in kürzester Zeit im Vorarlberg und am Rhein aufzutuchen. Der besonderen Aufmerksamkeit, deren sich in neuester Zeit der Reschenpass erfreut, entspricht jenseits der Grenze die besondere Aufmerksamkeit für den Arlberg.

Sehen wir uns vor an unserer Ostfront, bevor es zu spät ist!

XXIII.

Aus Zeit und Streit

Karl Barth als Staatsbürger.

Mit dieser Überschrift soll gleich festgelegt werden, was Nemo an Herrn Barth ausgesetzt hat. Und danach möge man abwägen, ob die Ausführungen von Herrn Gelzer die Behauptungen dieses Angriffes widerlegt haben. Es waren zwei Be- schuldigungen und eingebettet am Anfang und am Ende in den immer von Neuem in diesen Hesten aufgenommenen Kampf gegen die Art und Weise der Berichterstattung unserer Zeitungen über Dinge aus dem deutschen Reiche.

Erstens war gesagt worden, daß Verhalten von Herrn Barth wegen des Diensteides sei etwas überheblich, denn er sei ein Beamter wie alle Andern und unter diesen gebe es genug wackere Männer, die nicht weniger gewissenhaft waren als sie den Eid leisteten. Dieser Punkt ist nun erledigt, insofern bekannt geworden ist, daß Herr Barth den Diensteid ohne Vorbehalt abgelegt hat. Nemo verzichtet darauf, irgend eine Bemerkung dazu zu machen, obwohl er auch die Beweggründe für dieses nachträgliche Verhalten kennt. Unsere große Presse hat — merkwürdigerweise — ganz vergessen, auch diese Tatsache der Eidesleistung mitzuteilen! Wichtiger ist der Vorwurf der Zugehörigkeit zur politischen (nicht religiösen) deutschen sozialdemokratischen Partei. Die Tatsache ist nicht zu bestreiten; auch der in die Augen springende Widerspruch der in diesem Bekenntnis zu einer rein materialistischen Weltanschauung und absoluten religiösen Anschauungen liegt, ist nicht weggeräumt. Nemo glaubt diese Seltsamkeit am besten mit einer geistig-seelischen Abstammung von Leonhard Ragaz erklären zu können und sieht nicht, daß Herr Gelzer eine bessere Erklärung jenes Widerspruches gegeben hat. Daß Herr Barths Überzeugungen z. T. auf Luther beruhen, war Nemo nicht unbekannt; er hat sogar schon

vom hl. Augustinus gehört, obschon dessen Werke noch nicht im Phädon-Verlage erschienen sind. Daß Herr Barth zwar in religiösen Fragen sich von Ragaz abgewandt hat, macht nun eine Kritik, daß er im Weltlichen oder Politischen noch ein Ragazianer geblieben ist, nicht zu einer „unritterlichen Verunglimpfung“. Wenn sich ein Mann wie Herr Barth so stark in das Saeculum begibt, so muß er sich gefallen lassen, als „Weltmann“ beurteilt zu werden, gerade weil er von so großer Bedeutung ist. Mit keinem Worte ist der Schriftgelehrte, der Erwecker der protestantischen Theologie bemäkelt worden. Nemo hat das ausdrücklich erklärt gehabt. Aber das eingeschriebene Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, also der Genosse Barth bezeugt damit Auffassungen, die den in den Monatsheften vertretenen straßs zuwiderlaufen. Wenn er nun die Absicht bekundet, in die Schweiz zurückzukehren, ist dann die schweizerische Sozialdemokratie so etwas anderes als die deutsche, daß er ihr nicht auch angehören könnte? Und nun erhebt Nemo die Frage, hat denn ein Leonhard Ragaz nicht schon genug Schaden angerichtet, hat er nicht ein ganzes Geschlecht von protestantischen Pfarrern in eine Richtung getrieben, welche die Grundlagen unseres Staatswesens auf das schlimmste erschüttert haben? Deshalb ist denn auch von vaterländisch besorgten Männern an Herrn Barth die Frage gestellt, wie er es mit der Landesverteidigung halte und ihnen von ihm die zwar schlaue, aber ausweichende Antwort gegeben worden, er sei für eine starke Verteidigung der Nordgrenze: also das, was im Grunde alle Sozialdemokraten wünschen: ein differenzierter Militarismus, wie wir schon Befürworter der differenzierten Neutralität haben, welchen häßlichen Dingen die ebenso schönen Ausdrücke gut entsprechen.

Eine Frage ist noch zu streifen: die Abgrenzung dessen, was Pflicht des Staatsbürgers und was die Freiheit des Theologen ist, wird nach schweizerischer protestantischer und wohl auch katholischer Auffassung vom Staate getroffen. Der vom Staate befördete Pfarrer oder Professor ist Staatsdienner: die Hinweisung auf das seit 400 Jahren eingezogene Kirchengut verfängt nicht, sondern könnte gerade so gut, wenn nicht noch besser zu einer Rückerstattungspflicht an die katholische Kirche, vielleicht sogar an die neuen Anhänger Wotans führen!

Nemo lag und liegt es ganz fern, die Freunde Herrn Barths zu fränken, er schätzt sie im übrigen viel zu sehr. Aber es gibt nun eben zweierlei Theologen: solche wie Herr von Bodelschwingh, von dem man nie gehört hat, daß er sich in die Kämpfe um die Kirche gemischt hat, und Herr Albert Schweizer, dem der laute Theologenstreit ebenfalls ein Greuel ist, und solche von der Leidenschaft eines Petrus, denen dann begegnen kann, daß sie wie dieser in der Hölle einem nur seine Pflicht tuenden Häscher ein Ohr abhauen. Die können zwar doch noch ein Fels werden, auf dem sich eine gewaltige Kirche aufbauen läßt! Aber daß jene Andern seinem Herzen näher stehen, darf zum Schluß bekennen

N e m o .

Wo ist der Kern der Aufrüstung?

In einem Aufsatz „Rückblick und Abschied“ in der letzten Nummer des Jahrgangs 1934 der Schweizerischen Lehrerzeitung versteigerte deren Schriftleitung, die sich im allgemeinen von politischen Äußerungen fern hält, zu nachgenanntem Satze:

„Nun müssen wir erleben, daß der deutsche Erzieher mithilft, oder sich nicht dagegen stemmt, daß Deutschland zum Kern der Aufrüstung in Europa wird.“

Das Echo auf diese Entdeckung des Kerns der Aufrüstung blieb nicht aus. In Nummer 2 des neuen Jahrgangs wurde der Auffassung der Schriftleitung fräftig entgegengetreten:

„Lange bevor die jetzigen deutschen Machthaber, deren Gewalttaten wir verurteilen, ans Ruder kamen, hätten es die Staatsmänner der Siegerstaaten aus

dem Weltkrieg in der Hand gehabt, der Sache des Friedens zu dienen, indem sie ab-, anstatt aufgerüstet hätten. Der Kern der Aufrüstung liegt nach unserer Ansicht ebenso sehr in Frankreich und Italien, deren Regierungen einfach nicht abrüsten wollten. Hätten sie es rechtzeitig getan, könnte heute in Deutschland niemand die militärische Gleichberechtigung fordern."

E. Egli.

Zum Fall Jacob-Salomon.

Der Anhänger der Ideen dieser Zeitschrift, der sich nicht in engen gleichgesinnten Kreisen einspinnt, sondern vorurteilsfrei die Zeitungen liest und der Volksstimmung nachspürt, wird sich keinen Augenblick verhehlen können, daß der Fall Jacob zu einer in dieser Schärfe noch nicht dagewesenen Krisis der gefühlsmäßigen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland geführt hat. Vielleicht ist der Fall an sich nicht einmal so beispiellos, und wenn man nicht an die Rechtsform des Geschehenen, sondern an die Personen der Beteiligten denkt, so könnte leicht der durchschnittliche Schweizer die Sache mit der Empfindung von sich schieben, Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Denn auf der einen Seite steht nun einmal ein Mensch, der unaufhörlich sein Vaterland in der Zeit schärfster außenpolitischer Bedrängung militärisch denunziert hat, auf der andern Seite die Wesemann, Schulz und Konsorten, über die nichts mehr gesagt zu werden braucht. An sich sind die Emigranten auch in der Schweiz nicht besonders beliebt. Aber der Fall war in seiner provozierenden Form einfach der Tropfen, der das Gefäß zum Überlaufen brachte. Von begrenzten Kreisen abgesehen, herrscht heute in der deutschen Schweiz gegen Deutschland schlechthin der blanke Haß, der auf Schritt und Tritt auffpringt. Alles, was von Deutschland kommt, seien es Dementis, Proteste, Rechtsverwahrungen, wird mit bitterem Hohngelächter ungeprüft beiseite geschoben. Wer diesen Sachverhalt leugnen wollte, würde leere Wunschkilder an Stelle der Wirklichkeit sehen.

Es wäre sinnlos, einer Verständigung hierüber mit Deutschland durch Predigten von Recht und Menschlichkeit dienen zu wollen. Denn in sehr weiten Kreisen Deutschlands würde man damit kein Ohr finden; und wie das zustande kommt, ist wiederum auch wenigstens psychologisch begreiflich. Nach dem ungeheuerlichen Betrug mit den Bierzehn Punkten, nach all der unsagbaren Heuchelei, die mit dem Friedensvertrag und der Nachkriegspolitik zusammenhing, ist die Bereitwilligkeit verständlicherweise in Deutschland nicht mehr allzu groß, über politische Moral Belehrungen vom Ausland anzunehmen. Und gerade in Fällen, wo Militärsionage in Frage kommt, ist die Erinnerung an die Jahre der Wehrlosigkeit noch zu lebendig, als daß in diesen Dingen ein allzu individualistisches Gewissen sich ausbilden könnte. Man weist daraufhin, mit welcher barbarischen Rücksichtslosigkeit Frankreich 1917 in seinem Heere durchgriff, und wie jetzt dort die Gerichte dauernd mit Fällen besetzt sind, wo völlig ungerechtfertigterweise Erschossene moralisch rehabilitiert werden sollen. Nichts beweist mehr die Instinktlosigkeit und Überholtheit der Emigranten, als daß sie nun glauben, die deutsche Aufrüstung als solche bei den Demokratien des Westens denunzieren zu können und die Verständigung Arm in Arm mit ihnen, wie sie in den letzten Jahren war, wieder empfehlen zu können. Die Erinnerung ist noch zu lebhaft, wie es war, als jeder der Nachbarstaaten mit Ultimaten über Deutschland bestimmen konnte.

Und was dann speziell die Stimmung in der Schweiz anbelangt, so setzt man sich von deutscher Seite oft genug darüber hinweg, indem man sagt, daß hier sich gar nichts Wesentliches geändert habe, daß hier immer Frankreich Trumpf war, daß immer alles, was Frankreich tat und war, möchte es sich um Friedensvertrag,

Rüstung oder Abrüstung, Kolonialzustände und was immer handeln, mit anderm Maßstab gemessen wurde. Das ist seit Jahrhunderten so, und das wird so bleiben, bis Deutschland wieder militärische Erfolge hat — so wird geredet.

So in Bausch und Bogen sind diese Dinge natürlich falsch. Jeder Ehrliche weiß selber, daß die Atmosphäre in der deutschen Schweiz Deutschland gegenüber, ohne jemals wirklich warm zu sein, doch vor vier Jahren, eine völlig andere war als heute — vor allem eine achtungsvolle. Das Frankreich es seit Jahrhunderten unendlich leichter hat, die Sympathien der Welt sich zu sichern, ist eine harte Tatsache, mit der einfach zu rechnen ist. Und dann fällt betreffs der deutschen Schweiz auch noch in Betracht, daß ihr weit härterer Maßstab für Deutschland bis zu einem gewissen Grade aus dem Instinkt kommt, daß hier in ganz anderem Maße tuar res agitur. Es ist also für Deutschland an sich einfach und undisputabel nötig, sich für die selbe Freundschaft mehr anzustrengen, und man kann nicht einfach sagen, nachdem die andern sich schlecht benommen haben, dürfen wir es nun auch — wobei ein quantitativer Vergleich des beiderseitigen Benehmens nicht durchgeführt werden soll. Wer aber nun sagen sollte, es sei nicht würdig, lediglich so auf die Meinung der Umwelt abzustellen, der sei darauf hingewiesen, daß ein im Grunde doch reflektierteres Volk wie das deutsche sich nur desto krampfhafter und tiefer verwüstet, wenn es sich über bestimmte Ideen von Recht und Menschlichkeit hinwegsetzen will, die eben nicht einfach fortzudrängen sind.

Wir glauben also, daß man an diese Ideen, um sie auch nur zu handhaben, doch mindestens bis zu einem gewissen Grade selber glauben muß, mögen sie auch von gegnerischer Seite vorher noch so zynisch mißhandelt worden sein. Wir bleiben also auch damit ausdrücklich innerhalb des Gesichtspunktes der Zweckmäßigkeit, der uns hier leitet. Hat sich im Weltkrieg, so fragen wir, das Sprichwort „Viel Feind, viel Chr“ bewährt, oder das andere „Viele Hunde sind des Hasen Tod“? — und zwar nicht allein die Hunde, welche beißen, sondern auch die, welche bellen und treiben. Man wäge einmal mit ganz nüchternem Tatsachensinne, auch wenn man Imponierabilien beiseite lassen will, den militärpolitischen Nutzen des Falles Jacob gegen seinen allgemein politischen und im Kriegsfall vielleicht auch militärpolitischen Schaden ab. Ein Mann, der wirklich sehr stark und voll ruhigen Selbstgefühls ist, wird auch einmal einige Fliegen sich ruhig über die Hand kriechen lassen. Wer da außer sich gerät und um sich schlägt, ist mindestens ein Neurasthetiker. Und vielleicht könnte dann der Gedanke auf den Geleisen der Zweckmäßigkeit noch etwas weiter gleiten. Welches ist der Nutzen und welches ist der Schaden der schroffen und rücksichtslosen Unterdrückung und Beseitigung der innenpolitischen Gegner, gesamtpolitisch betrachtet? Wo wird man den Menschen finden, der z. B. bei flamgenden Protesten gegen litauische Blutjustiz, Gefangenenniße und rein politisch bestimmte Prozeßführung die Reflexion rein und genau bei diesem Falle still halten läßt? Ist der Nutzen größer, die gegnerischen Pressestimmen im Lande, zum Schweigen zu bringen, oder der Schaden, daß dann im Ausland überhaupt keine Pressestimme des Landes mehr als spontan gewertet wird? Ist der Nutzen oder der Schaden gesamtpolitisch größer, wenn man im Inland Rechtspositionen zerstört, auf denen man dem Ausland gegenüber stehen will? Eine Einsicht in diese Zweckmäßigkeitserwägungen wäre besser spät als nie. Es ist nicht auszudenken, welch' ungeheure Erleichterung es für die deutsche Außenpolitik bedeuten würde, wenn das Dritte Reich sich seiner Stärke so weit bewußt würde, daß es den Andersdenkenden als Menschen und als Meinungsträger einen vielleicht begrenzten, aber doch ehrlichen Atemraum gewähren würde. Wer es gut mit Deutschland meint, wer auch der Meinung ist, daß die heutige Position Deutschlands in der Weltmeinung für die deutsche Schweiz objektiv beklagenswert ist, der würde alles tun müssen, um solchen Gedankengängen Beachtung zu schaffen.

E. Br.